POST AUS BERLIN

Julia Obermeier
Mitglied des Deutschen Bundestages

16. Dezember 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

heute endete die letzte Sitzungswoche für das Jahr 2016 und die Weihnachtsfesttage stehen bevor.

Das Jahr 2016 war geprägt von großen Herausforderungen und Ereignissen, die uns auch in den kommenden Jahren noch viel Kraft und Arbeit abverlangen werden: Die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht, der BREXIT, die Lage in Syrien, der Amoklauf in München sowie der abscheuliche, islamistische Terror, der auch uns in Bayern erreicht hat. Und über allem schwebt die Flüchtlingskrise mit der immensen Herausforderung der Integration.

Aber wir haben 2016 auch viel in unserem Land bewegt: Wir haben mit dem Pflegestärkungsgesetz einen Meilenstein für eine bessere Unterstützung unserer Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen geleistet und mit dem Bundesteilhabegesetz werden wir eine noch bessere Inklusion von Menschen mit Behinderung in unsere Gesellschaft schaffen. Mit dem Bundesverkehrswegeplan gestalten wir unsere Verkehrsinfrastruktur zukunftsfest und mit der Maut schaffen wir Gerechtigkeit auf unseren Straßen. Besonders wichtig ist, dass wir auch viel in unsere Sicherheit in Deutschland investiert haben indem wir die Sicherheitsinstitutionen in der Bundesrepublik weiter ausbauen und stärken!

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für das Jahr 2017!

Herzliche Grüße

Ihre

Neues aus dem Netz

(Zum Video einfach auf das Bild klicken)

Julia Obermeier amüsiert hier: Lincoln Memorial.
8. Dezember um 16:28 · Washington, Vereinigte Staaten

Vor dem Lincoln Memorial in Washington, D.C. Oder wie meine Kollegin Renate Künast sagen würde: Hallo Herr Washington!

Lohnt sich das deutsche Engagement in Afghanistan?

Das war die zentrale Frage der Debatte zur Verlängerung der NATO-Mission Resolute Support.

Meine Rede dazu finden Sie hier: https://www.youtube.com/watch?v=R4pG2lrg7VY

Julia Obermeier MdB gab die Antwort der 59-jährigen Ärztin und Vorsitzenden der afghanischen Menschenrechtskommission, Sima Samar: ***„Für sie ist die Frage klar zu bejahen! Nach dem Sturz des Taliban-Regimes habe ihr Land mit der Hilfe Deutschlands und der Internationalen Gemeinschaft beachtliche Fortschritte gemacht. Natürlich könne sich Afghanistan, nach Jahren des permanenten Kriegszustandes, nicht über Nacht wandeln. Daher brauche ihr Land auch weiter internationale Hilfe.“***

Es sei noch lange nicht alles gut in Afghanistan. Aber es habe sich in den vergangenen 15 Jahren vieles zum Guten hin verändert. Die Verteidigungspolitikerin nannte hierfür einige Beispiele: ***„In Afghanistan, einem der ärmsten Länder der Welt, hat sich das Pro-Kopf-Einkommen seit 2002 mehr als verdreifacht. Auch haben mehr Menschen Zugang zu Strom und sauberem Trinkwasser. Deutliche Fortschritte gibt es auch bei der Bildung: Besuchten 2001 nur 1 Million Kinder – ausschließlich Jungen – eine Schule, lernen heute 9 Millionen Kinder Lesen und Schreiben: darunter auch 3,6 Millionen Mädchen.“***

Deutschland engagiere sich mit vielen Projekten am Fortschritt und sei dabei zweitgrößter bilateraler Geldgeber Afghanistans. ***„Dieses Geld ist an politische Fortschritte und Reformen der Regierung gebunden. Denn eines ist klar: Militärisch kann der Konflikt in Afghanistan nicht gelöst werden. Dauerhafter Frieden ist nur auf politischem Wege und durch einen innerafghanischen Friedensprozess möglich.“***

Die Schulbildung in Afghanistan hat sich erheblich verbessert, besonders auch für junge Mädchen.

„Nachdem Afghanistan nur Fortschritte machen kann, wenn es auch sicherer und stabiler wird, werden unsere bis zu 980 Bundeswehrsoldaten weiterhin vor Ort gebraucht. Sie bilden afghanische Sicherheitskräfte aus, beraten und unterstützen sie. Die Mission ist kein Kampfeinsatz“, so Obermeier.

In Afghanistan gebe es mittlerweile landeseigene 320.000 Sicherheitskräfte, die jedoch jedes Jahr hohe Verluste und viele Verletzte zu beklagen hätten. Dies zeige, dass Afghanistan die Unterstützung durch die NATO-Mission Resolute Support weiter brauche.

„Die junge Generation, die in den vergangenen 15 Jahren herangewachsen ist, braucht unsere Hilfe, bis sie die Verantwortung für Frieden und Sicherheit in ihrem Land selbst ausfüllen kann“, betonte Obermeier abschließend.

Gegen Extremisten in der Bundeswehr –

Änderung des Soldatengesetztes

Julia Obermeier MdB unterstützt die Änderung des Soldatengesetztes. Ab 1. Juli 2017 muss sich **jeder Bundeswehr-Bewerber** einer **einfachen Sicherheitsüberprüfung** durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) unterziehen.

Warum dies notwendig ist, erläuterte Obermeier: ***„In islamistischen Kreisen gilt die professionelle militärische Schieß- und Gefechtsausbildung der Bundeswehr als besonders attraktiv, nicht nur für die Vorbereitung terroristischer Anschläge, sondern auch für den menschenverachtenden Dschihad in den von der IS-Terrormiliz kontrollierten Gebieten.“***

Dies wird auch durch Zahlen des MAD belegt: **30 ehemalige Soldaten sind nach Syrien oder in den Irak ausgereist**. Zudem wurden **20 Islamisten in der Bundeswehr** vom MAD enttarnt und aktuell werden **mindestens 60 weitere Verdachtsfälle** verfolgt. ***„Wir müssen die Gefahr des Missbrauchs der militärischen Bundeswehrausbildung eindämmen“***, so Obermeier. Dies gelte für alle Extremisten, egal welcher Prägung.

Hierzu sei die einfache Sicherheitsüberprüfung aller erfolgreichen Bundeswehr-Bewerber wichtig und notwendig. Bei diesem bewährten Verfahren werden insbesondere **Informationen der Polizei- und Sicherheitsbehörden** sowie des **Bundeszentralregisters** eingeholt und geprüft.

„Bisher hat es in Deutschland noch keinen Anschlag gegeben, bei dem ein Terrorist den Umgang mit seiner Waffe in unseren Streitkräften erlernt und erprobt hat. Dies soll auch zukünftig so bleiben. Durch die Gesetzesänderung tun wir unser Möglichstes, dies zu verhindern!“

Die Rede wurde zu Protokoll gegeben. Sie finden Sie hier: http://www.julia-obermeier.de/gegen-extremisten-in-der-bundeswehr/

Julia Obermeier zum *„Rising Star“* 2016 ernannt

Die Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier MdB wurde von dem Politikmagazin ***„politik&kommunikation“*** zum ***„Rising Star“*** 2016 ernannt.

Neben Julia Obermeier wurde auch der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete, Dr. Wolfgang Stefinger, ernannt.

Das Parlament in Kürze:

Gesetz zur Nachhaftung für Rückbau- und Entsorgungskosten im Kernenergiebereich.

Mit dem Gesetz zur **Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung** beenden wir einen langen politischen Streit: Der **Rückbau der Kernkraftwerke** und die **Entsorgung nuklearer Abfälle** wird dadurch langfristig solide finanziert. Es wird ein **öffentlich-rechtlicher Fonds** in Form einer Stiftung errichtet, aus dem die Kosten für die Zwischen- und Endlagerung der nuklearen Abfälle aus den stillgelegten Kernkraftwerken gedeckt werden soll. Der Rückbau der Kernkraftwerke wird von den Energieversorgern durchgeführt und bezahlt. Die **Atom-Rückstellungen der Energieversorger in Höhe von ca. 17,4 Mrd. Euro** plus ein Risikozuschlag von 35 Prozent in Höhe von **ca. 6,1 Mrd. Euro** werden an den Fonds übertragen. Damit wird die Verantwortung der Unternehmen hinsichtlich ihrer Entsorgungspflichten auf den Bund übergehen. Gleichzeitig wird das im Herbst 2015 eingebrachte ***Konzernnachhaftungsgesetz*** ergänzt, um die Haftung des gesamten Konzernvermögens **auch im Falle einer Aufspaltung** eines Energieversorgers zu gewährleisten.

Gesetz zur Verbesserung des Schutzes gegen Nachstellungen

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung behandelt haben, wird der strafrechtliche **Schutz gegen Stalking ausgebaut** und zugleich eine Schutzlücke im Bereich des Gewaltschutzgesetzes geschlossen. Bislang scheiterten Verurteilungen häufig daran, dass der Eintritt einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Lebensgestaltung nicht nachzuweisen war oder der Täter auf ein wehrhaftes Opfer traf. Durch die Änderung wollen wir dafür sorgen, dass Täter einfacher verurteilt und Opfer besser geschützt werden. Ausreichend ist zukünftig, dass die Täterhandlung objektiv dazu geeignet ist, eine gravierende Beeinträchtigung des Opfers herbeizuführen, ohne dass der Erfolg dieser Handlung notwendig eintritt. Zum Schutz der Opfer haben wir durchgesetzt, dass die bisherige Generalklausel erhalten bleibt, so dass auch weiterhin Tathandlungen wie unrichtige Heiratsanzeigen, Manipulation in sozialen Netzwerken und nachhaltige Lärmbeschallung erfasst sind.

Viertes Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes.

In zweiter und dritter Lesung sorgten wir für eine gerechtere und unkompliziertere Verteilung der **Mittel für Contergangeschädigte**, indem wir das **Verwaltungsverfahren** an verschiedenen Stellen **vereinfachen**. Somit stellen wir sicher, dass die Leistungen **die Betroffenen besser erreichen**. Frei werdende Verwaltungskapazitäten können darüber hinaus zur Beratung der Betroffenen eingesetzt werden.

Verlässliche Rahmenbedingungen für vegane und vegetarische Lebensmittelangebote

Die **Nachfrage nach veganen und vegetarischen Lebensmitteln steigt**. Verbraucher müssen sich darauf verlassen können, dass als vegan und vegetarisch ausgelobte Angebote **auch tatsächlich vegan oder vegetarisch sind**. Bislang fehlt es jedoch an einer einheitlichen Definition für die Begriffe ***„vegan“*** und ***„vegetarisch“***. In einem Antrag forderten wir die Bundesregierung daher auf, sich weiterhin im Interesse der Verbraucher für den zeitnahen Erlass einer **EU-weiten rechtsverbindlichen Definition** einzusetzen.

Die Gute Nachricht

Das Elterngeld wirkt!

Knapp zehn Jahre nach der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 ist dieses familienpolitische Instrument weitestgehend akzeptiert und hat viele nachweisbare Effekte. Das Elterngeld löste damals das vorherige Erziehungsgeld ab.

Die Einführung des Elterngeldes hat das Einkommen für die meisten Familien im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes substantiell erhöht und somit für diese Zeit einen finanziellen Schonraum geschaffen. So stieg das Haushalts-Nettoeinkommen von Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr um durchschnittlich 480 Euro pro Monat, bei Müttern mit Hochschulabschluss sogar um rund 600 Euro pro Monat. Auch hat die Erwerbsbeteiligung von Müttern insgesamt zugenommen. Zwar haben sich mehr Mütter mit hohen Einkommen und Qualifikationen eine längere Auszeit genommen, als es früher der Fall war, im zweiten Lebensjahr des Kindes ist allerdings die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Müttern im unteren Einkommensbereich gestiegen. Ebenfalls nehmen deutlich mehr Väter Elternzeit: Lag der Anteil vor 2007 bei weniger als drei Prozent, ist er inzwischen auf über 34 Prozent gestiegen. Ein Einfluss auf die Geburtenrate konnte gleichzeitig nur teilweise belegt werden, auch wenn in der Tendenz leicht positive Effekte festzumachen sind.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Gerne bin ich für Sie da!

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB
Ranertstraße 8
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 990 99
Fax: 089/ 893 991 00
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:
www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:
@Julia_Obermeier

Auf Facebook:
Julia Obermeier

Auf Instagram:
obermeierjulia

Schreiben Sie mir eine E-Mail:
julia.obermeier@bundestag.de

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin